

Wilsdruffer Tageblatt

Presseprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Abdruckt nach dem Inhalt der Gesetze und Verordnungen 4 Hefen für den folgenden Tag. Verkaufspreis des Abdruckes monatlich 4 Mk., durch unsere Verleger zugesandt in der Woche monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postkosten und Postboten sowie alle Nachfragen und Geschäftsverhältnisse nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung der Druckkosten.



Inserentenpreis: 2 Mk. für die 4spaltige Korrespondenz oder deren Raum, Letztpreis 1/2 Pfg. Anzeigen 1.20 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Zeitungsanfragen im amtlichen Teil bitte von Seiten der Zeitungsverwaltung 3 Mk. Nachzahlungsschleife 30 Pfg. Eigenanfragen bitte von Seiten der Zeitungsverwaltung 30 Pfg. für die Möglichkeit der durch Fernat übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Beitrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 120.

Donnerstag den 26. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die Sparkassenbücher Nr. 38215, lautend auf	Adolf Fleischer, Neufkirchen,
45690, " "	Adolf Fleischer, " "
42504, " "	Emma Knösch, Kaufbach,
50701, " "	Martha Knösch, Kaufbach,
58423, " "	Alma Knösch, Kaufbach,
54513, " "	Oskar Knösch, Kaufbach,
56828, " "	Oswin Knösch, Kaufbach,
58510, " "	Marie Knösch, Kaufbach,
59325, " "	Christiane Knösch, Kaufbach,
82963, " "	Gotthardt Heber, Höckendorf,
64471, " "	Gotthardt Heber, Höckendorf,
65762, " "	Arthur Heber, Höckendorf,
65792, " "	Anna Voigt, Kaufbach,

sind abhanden gekommen. Die etwaigen Inhaber der Bücher werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche darauf binnen 3 Monaten hier geltend zu machen, andernfalls die Bücher als für ungültig erklärt gelten.

Wilsdruff, am 21. Mai 1921.

Der Stadtrat.

Montag den 30. Mai 1921 vormittags 9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung ist vom 25. Mai 1921 ab im Aushangkasten des amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angehängt.

Reichen, am 24. Mai 1921.

Der Amtshauptmann.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zur Befugung des Wiederbauministeriums sind Verhandlungen mit Dr. Walter Rathenau eingeleitet worden.
- * Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, nach der die Anwerbung von Freikorps für Oberschlesien streng bestraft wird.
- * Die französische Regierung hat in Sachen Oberschlesien der englischen Regierung zwei und dem deutschen Botschafter in Paris Dr. Mayer eine Note überreicht lassen.
- * Nach Mitteilungen von englischer Seite sollen die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort voraussichtlich am 6. Juni geräumt werden.
- * Der Generalkonferenzrat im niederländischen allgemeinen Dienst Dr. van der Meer ist nach Haag abgereist, um dort Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm abzuhalten.
- * Der Kronprinz von Japan wird zwischen dem 15. und 24. Juni nach Holland kommen.
- * Stotetti wird unmittelbar nach Eröffnung der Kammer nach technischen und politischen Erwägungen eine Änderung des Kabinetts vornehmen.
- * Zum portugiesischen Ministerpräsidenten wurde Augusto Soares ernannt. Im Lande herrscht Ruhe.
- * Wie verlautet, wird sich der Prinzregent von Serbien mit einer Tochter des Königs von England verloben.

Kampfpause.

Die kurzen Pfingstferien, die unsere Parlamente sich gegönnt haben, bedeuten keinen Stillstand der inneren oder gar der außerpolitischen Arbeit. Schon das angenommene Ultimatum sorgt dafür, daß in den Ämtern und Behörden mit Anstrengung aller Kräfte gearbeitet werden muß, denn fast jeder Tag, den Gott werden läßt, bringt zugleich den Ablauf irgendeiner der zahllosen Fristen, die man uns für die Erfüllung angeleglicher Vertragsverpflichtungen gestellt hat. Nach dem Auswärtigen Amt sind noch das Reichsfinanz- und das Wiederbauministerium neu zu besetzen, und die Sorge um Oberschlesien wird wohl, wie man annehmen möchte, unsere Verantwortlichen auch keine Nacht ruhig schlafen lassen. Die Wähler und Staatsbürger draußen im Lande aber haben, so lange Reichs- und Landtag schweigen, Zeit und Ruhe, über die Ereignisse der letzten Wochen nachzudenken und zu überlegen, was weiter werden soll.

Für sie stehen alle die ungeheuren Fragen der Gegenwart in der einen Frage zusammen, ob es bei der Zusammensetzung der neuen, aus der Not geborenen Regierung bleiben oder ob sie, nach rechts oder nach links hin, erweitert werden soll. Es ist kein Geheimnis, daß von den drei Parteien, die unter der Führung des Herrn Dr. Wirth sich zur Ausführung des Ultimatus zusammengelassen haben, die Demokraten am unzufriedensten bei der Sache sind. Kein Wunder, hat doch die Mehrheit der Fraktion mit Nein gestimmt, genau so wie die Deutsche Volkspartei, nur daß das Zahlenverhältnis hier und dort ungleich war. Aber hat es unter diesen Umständen einen Sinn, wenigstens einen verständigen und berechtigten Sinn, die eine Partei als regierungsunfähig zu behandeln, so ihren Wiedereintritt in die Regierung mit stärksten Druckmitteln zu erzwingen, die andern dagegen in Acht und Bann zu tun? Die demokratischen Wähler im Reich zeigen für diese unterschiedliche Behandlung wenig Verständnis. Vereinzelt haben ihre Organisationen die Beteiligung der demokratischen Reichstagsfraktion an der neuen Regierung, an dem Kabinett der Erfüllung, mißbilligt; überwiegend treten sie aber für Erweiterung der Regierungsgrundlage nach rechts, durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die neue Koalition ein. Schon um deswillen, weil dadurch die Verantwortung für das, was nun kommen wird, sich auf breitere Volksteile verteilen würde. Dann aber auch, um zu verhindern, daß die Politik der nächsten Zukunft stärker nach sozialistischen Ansichten bestimmt wird. Die gleichen Erwägungen treten auch in den Zentrumsreihen zutage.

Das Zentrum hat zwar in Herrn Dr. Wirth seinen so ziemlich am weitesten links stehenden Parlamentarier als Reichskanzler gestellt, und es ist ja auch tatsächlich mit Händen zu greifen, daß selbst die Unabhängigen ihm großes Maß von Vertrauen entgegenbringen. Um so mehr muß es aber darauf bedacht sein, Gegengewichte zu finden, denn es ist sich vollkommen darüber im klaren, daß seine zu erheblichen Teilen mehr nach rechts als nach links gerichteten Anhänger ein zu starkes Eingehen auf sozialdemokratische Politik nicht gutheißen würden. So wird auch in manchen Zentrumsblättern mit allem Nachdruck der Wiederantritt der Deutschen Volkspartei an die neue Regierungsmehrheit gefordert, deren Führer Stresemann loeben wieder, auf dem Parteitag in Baden, deutlich zu verstehen gab, daß er im Grunde mit dieser Forderung einverstanden sei. Er wußte zu berichten, daß bei den Verhandlungen, die er vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage über gewisse Punkte des Ultimatus mit Ententevertretern geführt hat, von diesen erklärt wurde, man lege großen Wert auf die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei an der Regierung. Damals konnte keine Rede davon sein, daß eine reine Linkregierung im Auslande mehr Vertrauen genieße, wie von dieser oder jener Seite immer wieder behauptet wird. Die Natur der Sache läßt es ja verständlich erscheinen, daß unsere Glaubigenstaaten in der Herstellung einer Front von Stresemann bis Scheidemann die beste Gewähr für die Erfüllung der Verpflichtungen erblicken können, die sie uns zwangsweise auferlegt haben. Denn ohne die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft, an der Ausföhrung der übernommenen Lasten nach Kräften mitzuwirken, werden wir unsere Aufgabe ebensowenig einlösen können, wie ohne die Mitarbeit der führenden Wirtschaftskreise, die in der Hauptsache ihre politische Vertretung in der Deutschen Volkspartei gefunden haben. Demgemäß gebietet Rücksicht der äußeren wie der inneren Politik mit gleicher Entschiedenheit, daß unsere Parteien sich verpflichten.

Herr Scheidemann ist anderer Meinung. Er fordert von Herrn Wirth die Vorlegung eines Regierungsprogramms, das nicht etwa mit der Möglichkeit wechselnder Mehrheiten im Reichstage zu rechnen habe, sondern ausschließlich auf die Anschauungen der Linksparteien zugeschnitten sein soll. Für ihn gibt es nur eine Erweiterung der augenblicklichen Regierungsgrundlage: den Einfluß der Unabhängigen, denen er immer noch zutraut, daß sie für eine sozialistisch-bürgerliche Regierung einzutreten wären. Und schlimmstenfalls bleibe das Mittel der Reichstagsauflösung. Der neue Wahlkampf würde dann die endgültige Abrechnung bringen und mit ihr die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung. Herr Scheidemann hört es nicht, daß dieses sein Programm von einem Zentrumsreichskanzler zur Durchführung gebracht werden soll, es scheint ihm auch nicht gefährlich zu sein, daß neue Parteikämpfe entbrennen würden. Denn, so zweifelhaft ihr Ausgang auch sein würde, die eine Folge müßten sie wahrscheinlich haben, daß sie die Regierung für Wochen und Monate zur Aktionsunfähigkeit verurteilten und daß sie dadurch außerhande läme, das Ultimatum so rasch und so genau, wie sie es sich vorgenommen hat, zu erfüllen. Dann ständen wir bald wieder so weit wie zuvor, und die Franzosen würden frohlockend ins Ruhrgebiet einziehen. Wenn Herr Scheidemann das nicht will, muß er auch das Mittel der Reichstagsauflösung aus seinen Berechnungen ausschalten.

Hardings Völkerbund

Der Weltfriedensgerichtshof.

Nach einer Meldung aus Washington ist dort jetzt bekannt geworden, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in London Harvey in großen Zügen den Hardingschen Plan für einen neuen Völkerbund besitze, der dazu bestimmt ist, den gegenwärtigen Völkerbund zu ersetzen. Harvey sei auch bereits ermächtigt, den Hardingschen Plan den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedin-

gungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Hardingschen Völkerbund liege im allgemeinen der Plan der Haager Konferenzen zugrunde. Er betone die Idee eines Weltfriedensgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollen. Harvey habe Anweisung erhalten, der Wunsch seiner Regierung klarzutragen, daß die interessierter Mächte im voraus sich äußerten, als Zeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Wirth und das Ultimatum.

Politik der Erfüllung.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, warum er sich zum Antwort beim Ultimatum bekannt habe. Es sei die Sorge um das Deutsche Reich gewesen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie, die Sorge um das ganze deutsche Volk und die Sorge um die ganze deutsche Zukunft: Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonen, wenn wir einen sehr großen Teil unserer ganzen Volkseinkünfte dransetzten, um unser Vaterland vom Feinde freizuhalten, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Geldleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Im Krieg kostete ein Monat einige Goldmillarden also ungefähr so viel, wie die festen Goldmillarden, die wir jährlich zu zahlen haben. Ich bin der vollen Überzeugung, daß in jener kritischen Stunde, da das Ja oder Nein entschieden werden mußte, die Reichseinheit auf dem Spiele gestanden hat und daß entschieden wurde um die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Darum müssen wir Opfer an Gut bringen, damit wir das Höchste uns erhalten können, unser Vaterland. . . . Ich hat immer die Überzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch dauerndes Einhalten und Ausweichen und durch das Bedingungsstellen und Ansehenanerkennenlassen der Dinge die Lage meistern könne. Einmal mußte ja gesagt werden, entweder von der Gegenseite oder auf unserer Seite.

Der Reichskanzler wies zum Schluß darauf hin, daß eine Solange irgend einer Leistung uns in Deutschland vor die Schwersten innerpolitischen und außenpolitischen Konflikte. . . .

Aufhebung der Zollsanktionen.

Voraussichtlich am 6. Juni.

Nach Mitteilungen von englischen Stellen steht die Aufhebung der Zollsanktionen im Rheinlande bis spätestens 6. Juni in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort durch die Besatzungsstruppen angeordnet werden. Die englischen Vertreter der internationalen Kommission in Deutschland sind aufgefordert worden, Bericht darüber zu erstatten, in welcher Form die gegen Deutschland angewandten Zwangsmaßnahmen jetzt wieder abgebaut werden können. Dabei sollen in erster Hinsicht solche Maßnahmen in Wegfall kommen, die dem internationalen Handel und Verkehr Schwierigkeiten bereiten. Gleichzeitig sollen die englischen Militärfachverständigen darüber berichten, in welchem Umfange eine Herabsetzung der Besatzungsarmee im Rheinland möglich ist. Der Umfang der besetzten Zone soll zwar nicht verringert werden, doch erwachtet man die Stärke der Truppen für zu hoch angesehen der Tatsache, daß Deutschland das Ultimatum unterzeichnet hat und Verhandlungen nicht mehr zu erwarten sind. Da die Errichtung der Zollsanktionen am Rhein bisher nicht einmal die Kosten der Beamtengehälter eingebracht hat, ist man in England auf die Beibehaltung dieser Maßnahme nicht aus zu sprechen.